

ZSI – Zentrum für Soziale Innovation **Presseinformation 04/2010 * Wien, am 18. März 2010**

Rückblick auf die 1. Regionalkonferenz: Impulse setzen gegen Armut und Ausgrenzung

„Wir entscheiden, was wir tun“ lautete der Titel der ersten Regionalkonferenz in Graz Mitte März im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut und Ausgrenzung. Mit diesem klar formulierten Anspruch diskutierten Stakeholder aus Politik, Verwaltung und Best-Practice-Projekten, nicht zuletzt Armutsbetroffene. In Österreich sind nach aktuellen Zahlen der Statistik Austria rund eine Millionen Menschen armutsgefährdet....

Anlässlich der Europäischen Sensibilisierungskampagne organisiert das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK) gemeinsam mit regionalen und lokalen Akteuren drei regionale Vernetzungstreffen, die zur Entwicklung von regionalen Strategien zur Armutsbekämpfung beitragen sollen. Um Stereotype und Vorurteile abzubauen und die Rechte der Betroffenen zu stärken, setzen die Regionalkonferenzen auf den Dialog mit zentralen AkteurInnen und einer interessierten Öffentlichkeit. Diese erste Regionalkonferenz stellte Fragen zur Initiierung und Gestaltung solcher Prozesse in den Mittelpunkt.

Diskussionsbeiträge aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft

Noch im Zeichen der tags zuvor vom Ministerrat zugestimmten Neuregelung der Mindestsicherung, eröffnete der steirische Landeshauptmann Franz Voves die Konferenz mit dem Appell „die Diskussion über soziale Fairness nicht auf dem Rücken der sozial Schwächsten auszutragen.“

Bundesminister Rudolf Hundstorfer (BMAK) dankte im Rahmen des Pressegesprächs für die Ausrichtung – die Konferenzen sollen Strategien aufzeigen, wie man mit regionalen Aktivitäten Armut bekämpfen kann. Die Absicht weiter beschreibend, erläuterte Hundstorfer: "Sinn der Sache ist, nicht über Armut zu philosophieren, sondern aufzuzeigen, was man dagegen tun kann". Abschließend erinnerte er, dass Österreich das einzige Land der Welt sei, das trotz Wirtschaftskrise an einer Ausdehnung der Hilfe für sozial schwächer gestellte Menschen erfolgreich gearbeitet hätte.

Der Vortrag von Barbara Roubicek von der Europäische Kommission, GD Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, führte die aktuelle Bestandsaufnahme von Armut in der Bevölkerung auf die Europäische Ebene weiter. Als einer der reichsten Wirtschaftsräume der Welt hätten rund 17% der EuropäerInnen nicht genügend Mittel, um sich ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu erfüllen. Mit einem geschärften Blick auf die Entscheidungs- und Umsetzungsroutinen der politischen und verwaltenden Strukturen kommentierte Roubicek die möglichen und faktischen Schwierigkeiten, die richtigen Prozesse gegen diese Situation in Gang zu bringen. Als wichtigsten Aspekt führte Sie die Überlappung von unterschiedlichen Verwaltungs- und Politikbereichen an:

„Armut ist ein komplexes und multidimensionales Phänomen, bei dem auf vielen verschiedenen Ebenen angesetzt werden muss. Es geht dabei einerseits um Schaffung von Reichtum durch

Wachstum, und andererseits um Verteilung des Reichtums. Insgesamt spielen eine Reihe von Politikfeldern hinein, die auf europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Kompetenzen beruhen, wie Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, Beschäftigungspolitik, Lohnpolitik, Bildung und Sozialpolitik.“

Die neue EU-2020-Strategie gäbe, so die Ausführungen der Expertin, ein starkes Signal für ein soziales Europa: Die Kommunikation zu EU 2020, die am 3. März 2010 von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde, entwirft die Vision einer sozialen Marktwirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialem Zusammenhalt und führt damit die Impulse der Lissabon-Strategie auf eine neue Ebene.

Armut in einem der reichsten Länder der Welt

Wie der Politologe Emmerich Tálos in seinem Referat veranschaulichte, bedeutet Armut in Ländern wie Österreich die „mangelnde Teilhabechancen an den verbreiteten sozialen und materiellen Standards in unserer Gesellschaft.“ Gleichzeitig verginge Armut nicht von selbst mit wachsendem Reichtum. Neben adäquater Entlohnung betonte Tálos die Notwendigkeit zur Verhinderung von Armut durch die adäquate soziale Absicherung durch staatliche Transfersysteme.

Die Armutsgefährdung liegt in Österreich bei 12,4 Prozent, umgerechnet bedeutet dies, dass jede/r achte Österreicher/in von Armut betroffen oder gefährdet ist. Betroffen sind neben der Gruppe der Langzeitarbeitslosen, auch MindestpensionistInnen, AlleinerzieherInnen, MigrantInnen und Familien mit mehr als drei Kindern. Ohne Sozialleistungen würde die Armutsgefährdungsquote nach einem aktuellen Bericht des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz „Gemeinsam gegen Armut!“ sogar 43 Prozent betragen - eine erschreckende Tatsachenfeststellung.

Tálos zentrale These lautete vor diesem Faktenberg, dass armutspolitische Strategien auf allen einschlägigen Ebenen politischer Steuerung ansetzen müssen: auf Ebene des Bundes, auf Ebene der Regionen und nicht zuletzt auf Ebene der Tarifverträge. Auf jeder dieser Ebenen müssten armutspolitische Strategien verfolgt werden.

Brotlose Arbeit

Der steirische Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser betonte im Rahmen der Konferenz, dass "Armut in vielen Bereichen unsichtbar und nicht ausschließlich mit Geld zu beheben wäre. Ein großes Problem verortete er auch in der nicht ausreichenden Bezahlung von Jobs und sprach damit das Phänomen der „Working poor“ an.

Eine ausreichend bezahlte Beschäftigung ist die beste Vorkehrung gegen Armut. Eine beträchtliche Gruppe von Menschen zwischen 20 und 64 Jahren, erreichen mittlerweile trotz einer Beschäftigung kein Haushaltseinkommen über den Armutsgefährdungsschwellenwert. Nach noch aktueller Zählung im Jahr 2008 waren insgesamt 247.000 Personen in der Gruppe der „Working Poor“ zu zählen.

Lernen von guten Beispielen

Nach den Impulsvorträgen folgte ein intensiver Wissenstransfer, der durch Erfahrungsberichte der geladenen Projektgruppen und Diskussionsforen möglich wurde.

Die Grazer Stadträtin Elke Edlinger, in der Doppelrolle als politische Stakeholderin und Aktivistin bei der Regionalkonferenz geladen, präsentierte das **"Grazer Aktionsprogramm gegen Armut"**. Es stellte gemeinsam mit der **Kapfenberger Initiative "Zukunft für alle"** eines der good-practice-Modelle dar, die im Rahmen der Regionalkonferenz präsentiert und diskutiert wurden. "Unser Programm besteht aus 60 Einzelmaßnahmen, an denen 150 Personen - darunter auch Betroffene - mitgewirkt haben. Es umfasst etwa den Aufbau eines Netzes sozialer Nahversorger sowie die Verbesserung der Information für jene, die Hilfe brauchen."

Das **Wohnprojekt ABO „LEBE“** im westlichsten Bundesland Österreichs zeigte neue Strategien auf, wie aus einer sozial innovativen Gedankenwelt und Mut zum unternehmerischen Risiko neuer Wohnraum für Armutsbetroffene entstehen kann.

Das Projekt der **Scottish Poverty Alliance**, ein von der schottischen öffentlichen Hand gut dotiertes Projekt, brachte interessante Erfahrungen zum Thema Partizipation und politische Teilhabe als Armutskiller in den Diskurs dieser ersten Regionalkonferenz.

Vermittlungsleistung und Empathie gefragt

Das **Zentrum für Soziale Innovation (ZSI)** zeichnete gemeinsam mit der Armutskonferenz für die inhaltliche Entwicklung und organisatorische Umsetzung für diese Veranstaltung verantwortlich. Das ZSI sieht diese Aktivität ganz im Zeichen seines Anspruchs „trans-disziplinäre Projekte“, also die direkte Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis, herzustellen. Die Erfahrungen aus diesen Anwendungsbereichen können dann wieder direkt in die forschende Praxis des Instituts überführt werden – so das Institutparadigma.

Mag. Wolfgang Michalek, Projektverantwortlicher seitens des **ZSI**, bereitete mit der ersten Regionalkonferenz in Graz den Boden für die zwei nachfolgende Veranstaltungen in Linz und Innsbruck auf und freute sich über die gelungene Moderation: „ Als einer der österreichischen BotschafterInnen des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung führte der Burgschauspieler Frank Hoffmann durch diesen Tag. Es war deutlich spürbar, dass die Wahl der Botschafter durch das BMASK herausragend engagierte Menschen getroffen hat.“

Gefördert durch



Rückfragehinweis:

ZSI – Zentrum für Soziale Innovation

Linke Wienzeile 246, 1150 Wien

Tel: ++43-1-495 04 42-0, URL: www.zsi.at

Mag. Pamela Bartar MAS: bartar@zsi.at

Images & Logos – Eine Auswahl

